beirren, daß es Rußland nur um Zeitgewinn zu thun sei. Denn Rußland enthalte sich jeder Andeutung, wie diese Vorschläge praktisch zu verwirklichen wären.

* Nach Berichten aus Warschau hat die militairische Situation seit zwei Wochen keine erhebliche Aenderung erfahren, obwohl kein Tag vergeht, ohne daß Gerüchte über eine bereits im Zuge befindliche oder unmittelbar bevorstehende Vorrückung bedeutenderer Truppenmassen aus dem Inneren Rußlands gegen die Westgrenze in Umlauf kämen. Wahr ist indessen nur, daß thatsächlich die auf die Sicherstellung von Quartieren für größere Truppen-Abtheilungen abzielenden Vorkehrungen bisher keine Unterbrechung erfuhren. Ihrem Umfange nach scheinen diese Vorkehrungen für die Ankunft zweier Infanterie-Divisionen berechnet, von welchen eine in Dubno und die andere in Rowno, beide im Gouvernement Volhynien, aufgestellt werden soll. — In Dubno wird an der Vervollständigung der fortificatorischen Einrichtungen gearbeitet. Es wurden nämlich Vorbereitungen zur Herstellung einer neuen, das Communicationsnetz im Bereiche der Dubnoer Verschanzungen ergänzenden Reichsstraße verfügt, namentlich die Feststellung der Trace und die Bestimmung der zu enteignenden Grundfläche.

* Zur Lage in Bulgarien meldet die „Politische Correspondenz" aus Sofia, 17. Januar:

Die innere Lage in Bulgarien zeigt andauernd einen vollständig normalen Charakter. Die bulgarische Regierung schenkt den Vorgängen auf dem Gebiete der europäischen Politik geringe Aufmerksamkeit und concentrirt ihre Sorge und Thätigkeit auf die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe, was sie als ihre Hauptaufgabe erachtet. Der plumpe Putschversuch in Burgas hat den stillen, regelmäßigen Gang des staatlichen Lebens in Bulgarien einen Augenblick lang gestört und in den diplomatischen Kreisen eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Die sofortige Erstickung dieses Attentats beweist neuerdings, daß die Regierung des Herrn Stambulow fest entschlossen ist, allen Versuchen, die Ruhe des Landes zu stören, mit großer Energie und Strenge entgegenzutreten. — Die Sobranje hat bekanntlich einen Gesetzentwurf genehmigt, durch welchen die Regierung ermächtigt wird, Handelsverträge mit den europäischen Staaten abzuschließen. Es heißt nun, daß zunächst mit Serbien Unterhandlungen wegen Abschluß eines Handelsvertrages werden eingeleitet werden. Ferner führt der bulgarische Agent in Konstantinopel, Herr Vulkowitsch, mit der Pforte Unterhandlungen in Betreff der Zollfrage, sowie über den Abschluß einer Convention bezüglich der Bahn-Anschlüsse. Die bulgarische Regierung hat für diesen Zweck Herrn Sveikow nach Konstantinopel entsendet, der Herrn Vulkowitsch in dieser Aufgabe zu unterstützen hat.

* Wie aus Belgrad gemeldet wird, sind die Kreis-Präfectenstellen in Nisch, Semendria, Pozarevatz, Kruschevatz, Pirot und Wranja neu besetzt worden. Die enthobenen bisherigen Präfecten, sowie mehrere Bezirksvorstände wurden theils pensionirt, theils versetzt. Unter den neuernannten Kreispräfecten befinden sich zwei Advocaten radicaler Richtung und ein Mittelschulprofessor. Der bisherige Leiter der Belgrader Polizei, Herr Glisa Djordjevic, wurde definitiv zum Polizei-Präfecten ernannt.

Vom Kronprinzen.

* Aus San Remo, 15. Januar, wird der Münchner „Allgemeinen Zeitung" geschrieben:

Wenn das jüngste den Zustand des Kronprinzen betreffende ärztliche Bulletin, von welchem man hier nach gewissen Anzeichen ein näheres und ausführlicheres Eingehen auf die objectiven Grundlagen der Krankheitserscheinungen erwartet hatte, sich wiederum auf die Erwähnung dieser Erscheinungen beschränkt, so muß dies als ein Beweis dafür gelten, daß den Aerzten der Zeitpunct noch immer nicht gekommen scheint, um mit Sicherheit und Nutzen ein Urtheil über die Natur der Krankheit und über den muthmaßlichen künftigen Verlauf derselben zu fällen. Es geht aber daraus hervor, daß die im Ganzen günstigen Zeitungsberichte der letzten Wochen nicht übertrieben waren. Wenn man entschieden gut daran thut, für jetzt weder an eine baldige „Wiederaufnahme aller Pflichten und Aufgaben" seitens des Kronprinzen zu denken oder von einer „Rückkehr nach Berlin im Frühjahre" zu reden, so darf man unbedenklich der Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß die Symptome des Leidens in der letzten Zeit die Hoffnung auf dauernde Besserung eher verstärkt als vermindert haben. Mit dem vor dem Schlusse der ersten Januarwoche erfolgten Eintritt sonniger und warmer Witterung hat der Kronprinz begonnen, seine täglichen Spazierfahrten zu früherer Stunde als sonst anzutreten. Oft sieht man schon um 10 Uhr den altbekannten bescheidenen Landauer, dessen nicht allzu feuriges Rossepaar durch einen Kutscher im langen schwarzen Rock und Cylinderhut gelenkt wird, in den Garten der Villa Zirio einbiegen und auf dieses Aviso hin ein halbes Dutzend Schaulustiger am Eingange des „Hôtel de la Méditerranée" Posto fassen. Da ihre Zahl nie groß genug ist, um den zu zweckloser Anwesenheit verurtheilten und unbeschäftigten verlorenen Polizeibeamten Anlaß zu einem Act der Amtsthätigkeit zu geben, so haben dieselben seit Kurzem einen nicht ganz harmlosen Privatsport ausgebildet. Unerbittlich verweigern sie dem Publicum das Betreten der zwischen den Gärten der beiden Villen Zirio hindurchführenden Privatstraße, welche Monate lang ohne Jemandes Belästigung den stets nur vereinzelt erscheinenden Personen, welche die kronprinzliche Behausung aus einiger Nähe betrachten wollten, zugänglich gewesen ist. Ferner verlegen die eifrigsten unter ihnen sich auf das Auskundschaften der Absichten, mit welchen die Gäste des „Hôtel de la Méditerranée" hierherkommen und namentlich der Beziehungen zwischen den hiesigen Berichterstattern und den in- und ausländischen Blättern. Wie gewisse groteske Zeitungsnachrichten der letzten Tage und das ersichtliche Spähen der Polizei nach ihren Urhebern vermuthen lassen, rächen sich einige Berichterstatter in der Weise, daß sie die seltsamsten Enten aufsteigen lassen, um dadurch die Verfolger in Bewegung zu setzen. Das Gerede von einem beabsichtigt gewesenen Attentat auf den Kronprinzen ist kaum anders zu erklären. Denn nicht der mindeste Anhalt zu solcher Vermuthung hat vorgelegen. Wenn der hohe Patient in den letzten drei Tagen das Zimmer nicht verlassen hat, während er vorher täglich zweimal ausfuhr oder ausging, so ist die Ursache keine andere, als der mit dem Neumond erfolgte starke Umschlag der Witterung. Am Sonnabend trat, nachdem eine Reihe wahrer Frühlingstage vorangegangen war, plötzlich kaltes und windiges Wetter ein. Dasselbe dauerte gestern fort und ist erst heute in der Abnahme begriffen. So gut auch das Allgemeinbefinden des hohen Patienten ist, mußte er selbstverständlich an diesen Tagen auf die Bewegung im Freien verzichten. Denn die noch immer fortdauernde Reizbarkeit der angegriffenen Organe hätte leicht zu einer Verschlimmerung führen können. Bleibt das Wetter klar und sonnig wie heute, so werden morgen die Ausfahrten wieder aufgenommen werden. Die Frau Kronprinzessin läßt es sich an solchen Tagen nicht nehmen, ihrem Gemahl im ausgedehntesten Maße Gesellschaft zu leisten. Die übrigen Familienglieder unterlassen es nicht leicht, die gewohnten Spaziergänge im Schnellschritt zu machen. Die Prinzessinnen-Töchter sieht man regelmäßig in den Straßen San Remos und auf den Promenaden sich ergehen. Prinz Heinrich bevorzugt die Streifereien in der Umgegend, auf den Bergen und am Meeresstrande, worüber er fachmännische Bereicherung seiner Erfahrungen und Kenntnisse nicht vergißt. Er verkehrt mit den Armee- und Marine-Officieren, besucht die hier Anker werfenden Schiffe und macht, wie bekannt, zuweilen eine Fahrt auf dem durch die Regierung zur Verfügung der hohen Gäste gestellten Torpedo-Boote. Vorgestern stattete er in Gesellschaft des Erbprinzen von Sachsen-Meiningen und der Adjutanten einen Besuch in der Caserne des hiesigen Infanterie-Bataillons ab. Während einer vollen Stunde besichtigte er auf das Eingehendste unter Führung des Bataillonschefs die sämmtlichen Räume der Caserne und ihre Einrichtungen, ließ sich Auskunft geben über Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung, über Instruction und inneren Dienst, Beköstigung, Zeiteintheilung, Gesundheitsverhältnisse u. s. w. Die anwesenden Officiere sprachen sich nachträglich erstaunt und anerkennend über die ausgebreitete Sachkenntniß aus, welche des Prinzen Fragen verrathen hatten. — Heute früh haben der Erbprinz Bernhard und seine Gemahlin ohne jede Begleitung einen Ausflug nach Cannes unternommen. — Ob an den von Zeit zu Zeit wieder auftauchenden Gerüchten von einem bevorstehenden Besuche König Humbert's oder der nahen Ankunft der Königin Victoria etwas Wahres sei, bin ich nicht im Stande zu sagen. Thatsache scheint, daß ein Landhaus in herrlicher Lage, und zwar die „Villa Evelina", für die Königin gemiethet worden ist.

Landtag.

Erste Kammer.

† Dresden, 20. Januar. Sitzungsbeginn Mittags nach 12 Uhr. Die Königl. Staatsregierung war vertreten durch die Herren Finanzminister von Könneritz, Geh. Rath von Thümmel, Geh. Finanzrath Dr. Ritterstädt und Geh. Regierungsrath von Seydewitz.

Auf der Tagesordnung stand zunächst der Antrag zum mündlichen Bericht der zweiten Deputation über Titel 6, 8, 9, 10, 11, 17, 18, 19 und 21 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1888/89. (Berichterstatter: Abg. von der Planitz).

Die Deputation beantragte:

„Die Kammer wolle beschließen:

Titel 6, Ausbau der Gleise und Erweiterung der Ladeplätze auf Bahnhof Freiberg . . . 78,000 ℳ.
Titel 8, Herstellung von Schneeschutzanlagen an der Strecke Kleinschirma-Oederan . . . 60,000 ℳ.
Titel 9, Vergrößerung des Verwaltungsgebäudes auf dem Bahnhofe Arnsdorf . . . 83,400 ℳ.
Titel 10, Erbauung einer Wegunterführung beim Walkschlößchen in Röderau . . . 42,700 ℳ.
Titel 11, Erweiterung der Haltestelle Mohlsdorf . . . 42,700 ℳ.
Titel 17, Gleisvermehrung und Einführung der Gasbeleuchtung auf Bahnhof Hohnstein-Ernstthal . . . 34,600 ℳ.
Titel 18, Erweiterung der Station Sebnitz . . . 46,300 ℳ.
Titel 19, Herstellung einer Haltestelle für Personen- und Güterverkehr bei Trebanz . . . 94,500 ℳ und
Titel 21, Vermehrung und Ausrüstung der Betriebsmittel bei den Staatseisenbahnen . . . 1,278,500 ℳ.
nach der Vorlage zu bewilligen."

Abg. Bürgermeister Beutler erklärte, daß durch die Erweiterung der Anlagen in Freiberg, wie sie beabsichtigt sei, den örtlichen Verkehrsverhältnissen noch nicht völlig entsprochen werde. Bei dem regen Verkehr der Zugangsstraße zum Bahnhofe Freiberg sei mindestens die Herstellung einer Unterführung der Gleise für den Personenverkehr nothwendig.

Abg. Reich hätte gewünscht, daß bei dem Neubau des Bahnhofes in Arnsdorf das Hauptgebäude mehr nach Norden gelegt worden wäre. Es würde das den Wünschen der Bewohner jener Gegend mehr entsprochen haben.

Nach diesen kurzen Bemerkungen trat die Kammer einstimmig dem Antrage der Deputation bei.

Hierauf erledigte die Kammer in Schlußberathung den Bericht der dritten Deputation, die von dem Landtagsausschusse zu Verwaltung der Staatsschulden auf die Jahre 1884 und 1885 abgelegten Rechnungen betreffend. (Berichterstatter: Abg. Thiele.)

Nachdem die Deputation die Rechnungen über die Staatsschuldenverwaltung geprüft und dabei die Ueberzeugung gewonnen hat, daß den für Tilgung und Verzinsung gesetzlich und vertragsmäßig bestehenden Bestimmungen gehörig entsprochen worden ist, so wird beantragt:

„Die hohe Kammer wolle nach Zustimmung der zweiten Kammer im Verein mit dieser dem Landtagsausschuß zur Verwaltung der Staatsschulden rücksichtlich der von demselben über diese Verwaltung auf die Jahre 1884 und 1885 abgelegten Rechnungen Justificationsschein ertheilen".

Unter Anerkennung der Hingebung und Aufopferung, mit welcher die Staatsschulden-Verwaltung ihres Amtes waltet, sowie unter gleichzeitiger Anerkennung der Leistungen der technischen Leitung der Staatsschuldenkasse, beschloß die Kammer wie von der Deputation beantragt worden.

Zum Schluß erstatteten Namens der vierten Deputation mündlichen Bericht

Abg. v. Schönberg über die Petition des Kirchenvorstandes und der städtischen Collegien in Bischofswerda, die Wiederaufrichtung einer Superintendentur daselbst betreffend, und

Abg. Graf zur Lippe-Baruth über die Petition der Wittwe Wilhelmine Natalie Jungnickel in Schmiedeberg um Zurückgewährung von Gerichtskosten in einer Proceßsache gegen den Eisenbahnfiscus.

Den Anträgen der Deputation entsprechend, ließ man beide Petitionen auf sich beruhen.

Zweite Kammer.

† Dresden, 20. Januar. Die heutige Sitzung wurde vom Präsidenten Dr. Haberkorn Vormittags 10 Uhr eröffnet.

Am Regierungstische waren anwesend die Herren von Könneritz, Geh. Rath von Thümmel und Geh. Finanzrath Dr. Ritterstädt.

Die Kammer erledigte in Schlußberathung den Bericht der Finanzdeputation B über Titel 5 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1888/89, die Umwandlung des Personenhaltepunctes Altmittweida in eine Güterhaltestelle betr. (Berichterstatter: Abg. Riethammer).

Abg. Starke bezweifelt, daß die Herstellung einer Güterstation Altmittweida den Bahnhof Mittweida entsprechend entlasten werde und hält es für nothwendig, recht bald die Vergrößerung des Staatsbahnhofes Mittweida ins Auge zu fassen. Nebenher beantragte:

„Die Kammer wolle beschließen:

Die auf Vergrößerung des Staatsbahnhofes Mittweida gerichteten Petitionen des Stadtraths zu Mittweida und der Gewerbetreibenden von Mittweida und Umgegend der Königl. Staatsregierung zur Erwägung zu übergeben."

Dieser Antrag wurde ausreichend unterstützt.

Abg. Seydel trat den Ausführungen des Abgeordneten Starke allenthalben bei.

Berichterstatter Riethammer rechtfertigte die Vorlage und bemerkte, daß die Deputation deshalb vorgeschlagen habe, „die genannten Petitionen zunächst für erledigt anzusehen", weil sie voraussetze, daß — sofern die nothwendige Entlastung des Bahnhofs Mittweida in der erhofften Weise nicht eintreten sollte — die Regierung eine entsprechende Erweiterung desselben in Erwägung ziehen werde.

Finanzminister von Könneritz erklärte, daß sich die Regierung der Einsicht nicht verschließe, daß eine Erweiterung des Bahnhofes Mittweida in nicht zu ferner Zeit werde erfolgen müssen. Man wolle jedoch zunächst Erfahrungen sammeln, welchen Einfluß die Errichtung einer Güterhaltestelle in Altmittweida auf die Entlastung des Güterverkehrs in Mittweida haben werde.

Abg. von Oehlschlägel bestätigte die vom Abgeordneten Starke geschilderten Verhältnisse bezüglich der Nothwendigkeit einer Erweiterung des Bahnhofes Mittweida und wünschte, daß die Regierung Erörterungen eintreten lasse, auf welche Weise den geschilderten Uebelständen in Mittweida abgeholfen werden könne.

Bei der Abstimmung wurde der Starke'sche Antrag gegen 24 Stimmen abgelehnt und beschlossen:

„Die unter Titel 5 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats verlangten 138,000 ℳ zur Umwandlung des Personenhaltepunctes Altmittweida in eine Güterhaltestelle zu bewilligen"

und nach dem Antrage der Deputation:

„Die genannten Petitionen zunächst für erledigt anzusehen."

Nächste Sitzung Montag, den 23. Januar, Mittags 12 Uhr.

CLXXVI. öffentl. Sitzung der Handelskammer zu Leipzig

am 20. December 1887.

Aenderung der Tagesordnung. — I. Registranden-Vortrag: 1. Meßbörse für Leder-Industrie. — 2. Desgl. für Tuch. — 3. Ursprungs-Zeugnisse für die Vereinigten Staaten. — 4. Anmeldungen für die Jubel-Ausstellung in Melbourne. — 5. Rechnung über den Börsenbau. — 6. Ein Fall unehrenhafter Concurrenz. — 7. Aenderung der Handelsgebräuche im Actien-Geschäft. — 8. Eingegangene Drucksachen. — II. Bericht über den außerordentlichen Deutschen Handelstag. — III. Abänderung der Geschäftsordnung. — IV. Neue Satzungen für die Oeffentliche Handels-Lehranstalt. — V. Gutachten über die Frage der reichsgesetzlichen Regelung des Warrantwesens. VI. Wahlen zur Ergänzung des Börsen-Vorstandes und zur Erneuerung der Notirungs-Commission. — VII. Feststellung des Haushaltplanes der Kammer für 1888. — VIII. Desgl. des Haushaltplanes für die Kramerstiftung. — IX. (nicht-öffentlich) 1. Berufungen gegen die Umlegung der Börsen-Beiträge; 2. Vertheilung der Erträgnisse des Unterstützungs-Fonds.

Bei Eröffnung der 176. öffentlichen Sitzung der Handelskammer, an welcher 17 Mitglieder theilnehmen, giebt der Vorsitzende Herr Dr. Wachsmuth zunächst bekannt, daß der Ausschußbericht über die zur Unterstützung übersandte Petition von Berliner Kaufleuten, das Gesetz über den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen betr., von der Tagesordnung abgesetzt werden müsse, weil von den eingeforderten Gutachten erst eins eingegangen sei, sowie ferner, daß die Berufungen gegen die Umlegung der Börsen-Beiträge und die Gehaltsfragen in den Haushaltplänen (Nr. VII und VIII) auf Antrag der zuständigen Ausschüsse in die nicht-öffentliche Sitzung zu verweisen seien.

I. Uebergehend zum Registranden-Vortrage, bringt derselbe,

1. das Gesuch des Vorstandes der Meßbörse für Leder-Industrie in Vortrag, ihr für die Neujahrsmesse, und zwar für den 2. (nicht 3.) Januar Nachm. 2 bis 5 Uhr den großen Börsensaal zu überlassen. Hierzu beantragt der Finanz-Ausschuß,

das Gesuch zu genehmigen,

was einstimmig beschlossen wird.

2. Herr Heinrich Rost hier giebt anheim, für einen der ersten Tage der Neujahrsmesse eine Zusammenkunft der am Tuchgeschäfte Betheiligten zu veranstalten.

Der Herr Vorsitzende bemerkt dazu, die Handelskammer werde gewiß gern bereit sein, eine Tuchmeßbörse in ähnlicher Weise zu fördern, wie dies in Bezug auf andere Zweige geschehen sei; die Veranstaltung selbst aber werde doch wohl den Betheiligten überlassen werden müssen. Die Kammer erklärt sich hiermit einverstanden.

3. Die Handelskammer zu Offenbach hat an den Herrn Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, worin sie die neueren Anordnungen in Betreff der Beglaubigung der nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika bestimmten Facturen als der Abhilfe dringend bedürftig bezeichnet und mit allem Nachdruck auf die dortige Regierung einzuwirken bittet, daß die fragliche Maßregel rückgängig gemacht werde; dieselbe bittet, diesen Schritt in geeigneter Weise zu unterstützen.

Wie in der Eingabe selbst bemerkt ist, bezieht sich die neue Anordnung nur auf Consignationen, welche von hier aus wenig gemacht werden, für welche aber auch eine Aenderung schwerlich zu erreichen sein wird. Hier ist, wie der Herr Vorsitzende mittheilt, eine einzige Klage besonderer Art eingegangen, welche inzwischen erledigt worden ist. Unter diesen Umständen, fügt derselbe hinzu, könne der Anschluß nicht empfohlen werden, er schlage vielmehr vor,

die Zuschrift auf sich beruhen zu lassen,

was einstimmig beschlossen wird.

4. Für die Jubel-Ausstellung in Melbourne sind, soviel hier bekannt, aus dem Bezirke bis jetzt 13 Anmeldungen eingegangen; außerdem haben 3 Notendruckereien sich zur Veranstaltung einer Collectiv-Ausstellung bereit erklärt, und einige weitere Anmeldungen stehen noch in Aussicht. Dem Herrn Reichscommissar ist hierüber Bericht erstattet worden.

5. Die Rechnung der Allg. Deutschen Creditanstalt über den Börsenbau für das 1. Halbjahr 1887 ist von dem Finanz-Ausschusse geprüft und richtig befunden worden. Dem Antrage des Ausschusses entsprechend wird Herr stellv. Vors. Goetz ermächtigt, sie anzuerkennen.

6. Die Firma C. W. Leo Nachfolger, welche seit 1882 in Plagwitz eine Stahlfeder- und Federhalter-Fabrik betreibt, beschwert sich, daß die Firma Heintze & Blanckertz in Berlin sich auf ihrem Firmenschilde und in ihren Geschäftspapieren fortwährend als (erste und) einzige Stahlfeder-Fabrik in Deutschland bezeichne, während ihr doch das Bestehen der Fabrik der beschwerdeführenden Firma sehr wohl bekannt, sie auch bereits vor zwei Jahren ausdrücklich um Weglassung jener unrichtigen Bezeichnung ersucht worden sei. Die Plagwitzer Fabrik habe sich wiederholt vergrößert, aber der Wettbewerb werde ihr durch das Gebahren der Berliner Firma sehr erschwert, und sie bitte daher, geeignete Schritte zu thun, um dieses abzustellen.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, durch die Erwähnung der Sache in dem zu veröffentlichenden Sitzungs-Berichte werde der Zweck der Eingabe schon zum Theil erreicht werden, doch halte er es für angezeigt, auch dem Berliner Aeltesten-Collegium davon besonders Mittheilung zu machen. Dies findet allseitige Zustimmung.

7. Der Börsen-Vorstand zeigt an, daß er nach dem Vorgange der Berliner Börse beschlossen habe, §. 27 der Handelsgebräuche im Wechsel-, Geld- und Effecten-Geschäft in der Weise abzuändern, daß bei gewissen Deutschen Eisenbahn-, Bank- und Industrie-Actien die Dividendenscheine nicht mehr mit Schluß des Geschäftsjahres, sondern erst dann, wenn Höhe und Auszahlungszeit der Dividende feststehen, bez. zu dem vom Börsenvorstande festzusetzenden Zeitpunct abgetrennt werden; und zwar solle diese Aenderung zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten schon mit dem 1. Januar ins Leben treten. Er bitte daher um Gestattung einer Ausnahme von der Vorschrift in §. 16 der Börsen-Ordnung und um nachträgliche Genehmigung der bereits erlassenen Bekanntmachung.

Der Herr Vorsitzende bemerkt dazu, seiner Auffassung nach würde es genügt haben, wenn der Börsen-Vorstand bekannt gemacht hätte, er werde vom 1. Januar an die Notirung der fraglichen Actien in derselben Weise vornehmen lassen, wie in Berlin; dazu hätte es der in §. 16 der Börsen-Ordnung vorgeschriebenen Form nicht bedurft. Daneben hätte aber für die Empfehlung des Handelsgebrauchs als solchen diese Form beobachtet werden können. Er schlage vor, die Bekanntmachung in diesem Sinne gelten zu lassen, das Verfahren des §. 16 aber nachzuholen.

Die Kammer erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

8. Unter den eingegangenen Drucksachen sind folgende hervorzuheben: a. Statistik der Deutschen Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung 1886. — b. Die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Decbr. 1885 in der Stadt Leipzig, I. und II. Theil. — c. Denkschrift, erstattet von dem Präsidium der Handels- und Gewerbekammer Chemnitz am 25jährigen Stiftungsfeste, den 11. Nov. 1887. — d. Deutschlands Industrie und Handel i. J. 1886; Auszüge aus den Handelskammerberichten für 1886, herausg. v. Verein z. Förderung der Handelsfreiheit. — e. Informes y documentos relativos á commercio interior y exterior agricultura é industrias, 4 Hefte, Mexiko 1887, sowie f. Indice para las materias contenidas en los informes y Mineria de 1886/87. Beides überreicht von Herrn Consul Huste. — g. II. Theil des Jahresberichts der Handels- und Gewerbekammer Plauen 1886. — h. Verhandlungen des XV. Deutschen Handelstages zu Berlin am 29. Nov. 1887 und Referat über die Erhöhung der landwirthschaftl. Zölle (Frentzel). — i. Roessler, Keramische Tagesfragen. — k. Protokoll der Ausschußsitzung des Centralvereins für Hebung der Deutschen Fluß- und Canalschifffahrt vom 16. Nov. 1887.

II. Demnächst erstattet Herr Schnoor Bericht über die neuliche außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Handelstags in Berlin. Redner gedenkt dabei des Beschlusses des vorigen Handelstags, Zollfragen fernerhin nicht auszuschließen, und bezeichnet diesen Beschluß als durch den Verlauf vollkommen gerechtfertigt. Er schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß das Schlußwort des Präsidenten des Handelstags — der Wunsch der Erhaltung des Handelstags, dieser idealen Vereinigung, die nicht unmittelbare Interessen und nicht selbstsüchtige Zwecke verfolge — in Erfüllung gehen möge; gewiß werde dieser Wunsch auch hier allseitig getheilt.

Der Herr Vorsitzende spricht dem Herrn Berichterstatter den Dank der Kammer aus.

III. Hierauf berichtet, nachdem er den Vorsitz an Herrn stellv. Vorsitzenden Thieme abgetreten, Herr Dr. Wachsmuth über die von dem Verfassungs- und Finanz-Ausschusse vorgeschlagenen Aenderungen der Geschäftsordnung der Kammer.

Diese Aenderungen waren zunächst hervorgerufen durch die Erweiterung der Geschäfte, welche die Erbauung der Neuen Börse, dann die Uebernahme des Vermögens der Kramer-Innung und insbesondere der Oeffentlichen Handels-Lehranstalt mit sich gebracht haben. Zu einem großen Theile sind sie bereits thatsächlich eingeführt.

Die erste hauptsächliche Aenderung ist die, daß die Zahl der ständigen Ausschüsse um den Kramerstiftungs-Ausschuß vermehrt wird; derselbe soll aus 7 Mitgliedern bestehen, und es soll ihm die Ueberwachung der Verwaltung des der Kammer von der Kramer-Innung überwiesenen Vermögens obliegen. Ferner wird, wie bereits in der vorigen Sitzung beschlossen worden, der Schatzmeister von der eigentlichen Buch- und Cassenführung entlastet; diese liegt hinfort dem angestellten Cassirer ob. Der Finanz- und der Kramerstiftungs-Ausschuß aber ordnen zum Zwecke der fortlaufenden Ueberwachung je ein Mitglied ab; diese führen die Bezeichnung Schatzmeister, der eine mit dem Zusatze „für die Kramerstiftung". Sie haben, ein jeder in seinem Bereiche, bei wichtigeren Geschäften, namentlich bei der Anschaffung und Veräußerung von Werthpapieren und bei der Verfügung über Hypotheken und Bankguthaben mitzuwirken, die jeweilige Prüfung der Buch- und Cassenführung aber gemeinsam vorzunehmen. Zugleich ist die Stellung des schon im vorigen Jahre angestellten Bibliothekars näher bestimmt, und der mit der Führung der Abgangs-Registrande betraute Beamte soll die Bezeichnung als 2. Registrator erhalten. Die Aufkündigung der Stellen des Cassirers, des Bibliothekars und der beiden Registratoren soll an eine vierteljährige Frist gebunden sein und von Seiten der Kammer nur zufolge eines Gesammt-Beschlusses ausgesprochen werden können.

Der Vorstand der Oeffentlichen Handels-Lehranstalt kommt hier nur insoweit in Betracht, als jedes Mal bei dem Beginn einer neuen Wahlperiode die Kammer die Ergänzungswahl vorzunehmen hat. Die drei in den Kramer-Unterstützungs-Ausschuß abgeordneten Mitglieder sollen in jährlichem Wechsel ausscheiden.

Die Vorschläge der beiden Ausschüsse werden durchgängig genehmigt; auf Antrag des Herrn Scharf wird außerdem beschlossen, den Ausdruck „geheime Sitzung" in „nicht-öffentliche Sitzung" zu verwandeln.

IV. Nachdem Herr Dr. Wachsmuth den Vorsitz wieder übernommen, berichtet namens des Schulvorstandes Herr Kreuzer über den Entwurf für die Satzungen der Oeffentlichen Handels-Lehranstalt, welcher zunächst von dem engeren Ausschusse in einer Reihe von Sitzungen durchberathen und schließlich von dem Gesammt-Vorstande mit einer geringen Aenderung genehmigt worden ist.

Es lag noch ein älterer Entwurf vor, der aber schon wegen der neuen Organisation der Verwaltung einer Umarbeitung bedurfte. Der Schul-Vorstand legt zunächst nur die allgemeinen Bestimmungen zur Genehmigung vor. Was die besonderen Bestimmungen anlangt, so beschränkt sich derselbe auf den Antrag,

in die Ordnung für die Lehrlings-Abtheilung Folgendes aufzunehmen: „Schüler der 3. Classe, welchen nach Ablauf des ersten Schuljahres für ihre Leistungen im Französischen nur die Note 3b oder 4 ertheilt werden kann, dürfen, bei sonst genügenden Censuren in den anderen Lehrgegenständen, noch in die 2. Classe vorrücken; sie werden aber dort und auch später in der 1. Classe nicht zum Unterricht im Englischen zugelassen. Sie erhalten dagegen je eine Unterrichtsstunde mehr im Französischen und Deutschen in der 2. Classe, und statt des letzteren eine Stunde Handelscorrespondenz in der 1. Classe".

Im Uebrigen beantragt er,

ihn zu ermächtigen, daß er den besonderen Theil der Satzungen unter Zugrundelegung der bestehenden Ordnungen selbständig entwerfe und der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung einreiche.

Der Entwurf für die allgemeinen Bestimmungen sowohl wie die vorstehenden Anträge werden einstimmig genehmigt.

V. Von dem Königlichen Ministerium des Innern sind der Handelskammer die nachstehenden, auf die reichsgesetzliche Regelung des Warrantwesens bezüglichen Anträge der Handels- und Gewerbekammer zu Dresden zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegt worden:

I. daß eine reichsgesetzliche Regelung des Warrantsystems durch ein besonderes Gesetz stattfinde;

II. daß für den Fall der reichsgesetzlichen Regelung des Warrantsystems: 1. das Zweischeinsystem: Lagerschein und Lagerpfandschein (Warrant) angenommen werde; 2. Lagerscheine und Lagerpfandscheine ausgegeben werden dürfen a. von den bestehenden und zu errichtenden staatlichen Lagerhäusern, b. von den unter staatlicher Controle, bez. Concession stehenden und zu errichtenden communalen und privaten Lagerhäusern; 3. insbesondere die Regreßpflichtigkeit der Indossatare der Warrants gesetzlich geregelt werde, und 4. die dem Reichsbankgesetz unterworfenen Banken gesetzlich ermächtigt werden, im Gegensatz zu der ihnen bis jetzt nur gestatteten Beleihung von Waaren, auch Beleihung, eventuell Discontirung der Lagerscheine, bez. Lagerpfandscheine (Warrants) vorzunehmen.

Hierüber berichtet namens des Handelsgesetzgebungs-Ausschusses Herr Dodel. Die Ausschußanträge gehen dahin, die Handelskammer wolle

zu I dem Wunsche, daß eine reichsgesetzliche Regelung des Warrantwesens stattfinde, zustimmen;

zu II sich in folgender Weise aussprechen: 1. daß sie ebenfalls das Zweischeinsystem für das empfehlenswerthere halte, und zwar in der Weise, daß die beiden Scheine in trennbarem Zusammenhange stehen; 2. daß sie a. die Ermächtigung der staatlichen Lagerhäuser zur Ausgabe von Lagerscheinen und Lagerpfandscheinen für wünschenswerth erachte, dagegen b. die Errichtung von Lagerhäusern durch Gemeinden oder Privatpersonen (etwa durch eine Actien-Gesellschaft) nicht von einer Concession, sondern nur von der Erfüllung allgemeiner Normativbestimmungen abhängig gemacht zu sehen wünsche; 3. daß sie ebensowenig die Einführung einer Regreßpflicht der Indossatare für zweckmäßig halte, wohl aber 4. damit einverstanden sei, daß die dem Reichsbankgesetze unterworfenen Banken gesetzlich ermächtigt werden, Lagerscheine und Lagerpfandscheine zu discontiren.

Der Herr Berichterstatter verhehlt nicht, daß im Ausschusse anfänglich Zweifel gegen die Räthlichkeit der gesetzlichen Regelung dieses Gebietes aufgetaucht seien und daß der Ausschuß sich keineswegs übertriebenen Hoffnungen in Bezug auf die Benutzung der Einrichtung hingebe; schließlich, bemerkt er, habe doch — in Uebereinstimmung mit dem früheren Gutachten der Kammer von 1878 — die Meinung überwogen, daß für manche Geschäftszweige der Lagerschein-Verkehr von Nutzen sein werde, daß es aber dazu allerdings einer gesetzlichen Regelung, namentlich auch hinsichtlich der Lagerhäuser, bedürfe. Redner erläutert hierauf die einzelnen Anträge.

Herr Schnoor giebt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Ausschuß im Wesentlichen das frühere Gutachten der Kammer bestätigt habe und befürwortet die Annahme der Anträge, welche hierauf einstimmig beschlossen wird.

VI. Es folgen die Wahlen zur Ergänzung des Börsen-Vorstandes und zur Erneuerung der Commission für Notirung der Productenpreise. Den Vorschlägen des Verfassungs- und Wahl-Ausschusses — Berichterstatter Herr Goetz — entsprechend, werden, und zwar mittels Zurufs, gewählt:

1. in den Börsen-Vorstand, I. Abtheilung, die ausscheidenden Herren Becker, Heuschkel und Herm. Schmidt, sowie Herr Franz Schlick (Schirmer & Schlick); in die II. Abtheilung die ausscheidenden Herren Georg Schröder und Otto Wappler, sowie Herr Wilhelm Steinbrecht (Schlobach & Co.), letzterer an Stelle des wegen Aufgabe seines bisherigen Geschäfts freiwillig ausscheidenden Herrn Brockhoff;

2. in die Commission für Notirung der Productenpreise und zwar a. für Getreide und b. für Oel die bisherigen Mitglieder; c. für Spiritus an Stelle der Herren Geyer und Steinbrecht, von welchen der erstere wegen Aufgabe des Geschäfts, der andere wegen der Wahl in den Börsen-Vorstand ausscheidet, die Herren Max Friedrich Eduard Kepler, Procurist der Firma Wilhelm Stengel und Otto Schlobach (Schlobach & Co.) sowie die seitherigen landwirthschaftlichen Mitglieder.

VII. Für den Finanz-Ausschuß berichtet hierauf Herr Huste über den Haushaltplan der Kammer für 1888.

Der Haushaltplan zerfällt wie der vorige in drei Abschnitte: I. Verwaltung des Börsengebäudes; II. Handelskammer; III. Börse. Zu I sind die Bedürfnisse auf ℳ 68 350 angeschlagen, ℳ 150 weniger als im Vorjahre. Was die Deckungsmittel anlangt, so ist der Miethzins für die Börse von ℳ 30 000 auf 25 000 herabgesetzt; dagegen ist derjenige für die eigenen Räume der Handelskammer von ℳ 5 000 auf 7 500 erhöht; außerdem hat ein um ℳ 2 050 höherer Zuschuß aus dem Ertrage der Börsen-Zuschläge eingesetzt werden müssen. Unter II erhöhen sich die Bedürfnisse der Handelskammer, außer durch jene Miethzins-Erhöhung, noch bei den Ansätzen für Heizung, Beleuchtung, Kanzlei-Aufwand, Bibliothek, Buchbinderlöhne, Reinigung der Räume und verschiedene Ausgaben, unter welcher letzteren Bezeichnung auch der Druck eines Nachtrags zum Katalog der Bibliothek in Aussicht genommen ist. Auf der anderen Seite sind bei den Ansätzen für Druckkosten und für Mobiliar-Anschaffung zusammen ℳ 300 weniger eingesetzt. Die vorgeschlagenen Gehaltserhöhungen für einige Angestellte, welche in die nichtöffentliche Sitzung verwiesen werden, kommen hier deshalb nicht zum Ausdruck, weil die Gehalte des Cassirers und des Boten künftig zur Hälfte aus den Erträgnissen der Kramerstiftung bestritten werden sollen. Neu erscheinen dagegen hier die verschiedenen Beiträge, welche bisher aus den Zinsen des nunmehr zum Börsenbau mit verwendeten Handelsgenossenschaftsvermögens geleistet worden sind, zusammen ℳ 1 050. — Der Gesammtbetrag der Bedürfnisse beläuft sich auf ℳ 35 680. Unter den Deckungsmitteln fällt der Zuschuß von ℳ 1 500 aus dem Handelsgenossenschaftsvermögen für die Bibliothek hinweg. Obgleich der Ertrag der Steuerzuschläge mit ℳ 4 710 mehr als im Vorjahre eingesetzt ist, bleibt noch ein Zuschuß an ℳ 2 020 aus den verfügbaren Beständen erforderlich.

Zu III ermäßigen sich die Ausgaben der Börse zunächst um ℳ 5 000 bei der Miethe, auf der anderen Seite übersteigen die vorgeschlagenen Erhöhungen die sonstigen Ersparnisse um ℳ 590, so daß sich im Ganzen eine Verminderung des Bedarfs an ℳ 4 410 ergiebt. Unter den Deckungsmitteln ist die Gebühr für Aufnahme neuer Werthpapiere mit ℳ 2 500 weniger, dagegen die Umlage auf die an der Börse vertretenen Firmen mit ℳ 1 350 mehr eingesetzt — letzteres unbeschadet der in Aussicht genommenen Ermäßigung des Beitrags für die unteren Classen.

Mit Rücksicht auf eine kurz vor der Sitzung eingegangene Zuschrift der Firma Breitkopf & Härtel, laut deren die Druckkosten des Jahresberichts sich künftig um etwa 10% erhöhen werden, schlägt der Herr Berichterstatter vor,

den Ansatz dafür von ℳ 1 600 auf ℳ 1 750 zu erhöhen,

welchem Antrage die übrigen Ausschußmitglieder sich anschließen.

Mit dieser Aenderung wird der Haushaltplan vorbehältlich der Gehalts-Erhöhungen, welche dann in nicht-öffentlicher Sitzung ebenfalls bewilligt worden sind, nach der Vorlage genehmigt.

Der Steuerzuschlag wird hiernach wie bisher mit 4 Pfennig auf die Mark auszuschreiben sein.

VIII. Hierauf berichtet namens des Kramerstiftungs-Ausschusses bez. des Handelsschul-Vorstandes Herr Kreuzer über den Haushaltplan für die Kramerstiftung, einschließlich desjenigen für die Oeffentliche Handels-Lehranstalt, auf das Jahr 1888.

Die Einnahmen betragen, einschließlich des als Miethwerth des Gebäudes der Oeffentlichen Handels-Lehranstalt eingesetzten Betrags von ℳ 8 000, im Ganzen ℳ 36 525. Dem stehen folgende Ausgaben gegenüber. Zuschuß zur Handels-Lehranstalt ℳ 23 306; Unterstützungen an frühere Kramer, sowie Wittwen und Waisen von solchen, nach dem Vertrage mit der Kramer-Innung, ℳ 9 000; Spenden, nach testamentarischen Bestimmungen, ℳ 2 490; Begräbnißgelder ℳ 2 000; Zinsen an den Lehrer-Pensions-Fonds ℳ 5 700, Betrag von 2 Freistellen für erwachsene Töchter ℳ 240, Gehälter, Druckkosten und verschiedene Ausgaben ℳ 2 550; zusammen ℳ 45 286. Hiernach bleibt nicht nur nichts für andere gemeinnützige Zwecke übrig, sondern es ergiebt sich auch noch ein Fehlbetrag von ℳ 8 760; würde, wie zu hoffen, der Staat den früher gewährten, für die Zukunft vorläufig noch versagten Zuschuß zur Handels-Lehranstalt in Höhe von ℳ 4 500 jährlich gewähren, so würde wenigstens der größere Theil dieses Fehlbetrags, welcher im Uebrigen aus dem Ertrage der Steuer-Zuschläge ausgeglichen werden muß, Deckung finden.